

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## KRISE IN KIRGISTAN DEVALUIERUNG DES TENGE IN KASACHSTAN

■ ANALYSE		
Kirgistan in der sozioökonomischen Dauerkrise – Wer ist »schuld«?		2
Von Nur Omarow, Bischkek		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN		
Sozioökonomische Probleme Kirgistans in der Mikro- und Makrosicht		6
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
Abwertung ja, aber wie?		
Die Devaluierung des Tenge im Spiegel der Presse Kasachstans		9
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 23. Januar bis 20. Februar 2009		14

*Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.*



**Analyse****Kirgistan in der sozioökonomischen Dauerkrise – Wer ist »schuld«?**

Von Nur Omarow, Bischkek

**Zusammenfassung:**

Kirgistan befindet sich in einer sich ständig verschärfenden sozioökonomischen Dauerkrise. Energieknappheit macht der Bevölkerung das Leben schwer und behindert die sowieso schon schwache Wirtschaft des Landes. Zusätzlich ist die Lebensmittelversorgung nicht sichergestellt und indirekte Auswirkungen der globalen Finanzkrise drohen das Land noch tiefer in die Abwärtsspirale zu ziehen. Auch unter Berücksichtigung der schlechten Ausgangsbedingungen des kleinen, rohstoffarmen und schwach industrialisierten Landes sieht der Autor die Ursachen vor allem in Fehlern der Regierung, der Verfolgung falscher Entwicklungsmodelle, dem Fehlen einer stimmigen Wirtschaftsstrategie und wirklich durchgreifender Maßnahmen.

In einem kürzlich veröffentlichten Appell des UN-Büros zur Koordination humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA) an seine Geldgeber wird die aktuelle sozioökonomische Lage Kirgistans plastisch beschrieben. Man erfährt dort etwa, dass das UN OCHA im Dezember vergangenen Jahres die Gebergemeinschaft nachdrücklich dazu aufgerufen hat, zusätzliche 21 Mio. US-Dollar für die Finanzierung komplexer Unterstützungsmaßnahmen für die besonders armutsgefährdeten Bevölkerungsschichten Kirgistans bereitzustellen. Obwohl die kirgisische Regierung außerplanmäßige Maßnahmen ergriffen hat, muss die Bevölkerung des Landes den Winter mit schweren Einschränkungen der Energieversorgung von sechs bis 14 Stunden am Tag überstehen. Das bedeutet u. a., dass in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen Strom auch in lebenswichtigen Situationen fehlt und etwa 200.000 Schüler für fast zwei Monate in Zwangsferien geschickt wurden. Darüber hinaus wurde die rasende Inflation durch eine 80-prozentige Erhöhung der Gas- und Stromtarife angeheizt, was sowohl zu einer Verringerung der Kaufkraft geführt als auch die Versorgungslage weiter verschlechtert hat. Zurzeit leiden eine Million Menschen in Kirgistan unter Lebensmittelknappheit und sind dem Risiko von Unterernährung ausgesetzt, berichtet das UN OCHA.

**Status quo mit negativem Vorzeichen**

Eine kurze Analyse der sozioökonomischen Entwicklung des Landes in den letzten Jahren zeigt, dass die gegenwärtige Lage auch Folge von Fehlern in der Wirtschaftspolitik der Regierung ist. Eine der Grundursachen liegt nach Meinung vieler Experten in der massiven Umverteilung von Eigentum und im Fehlen einer klaren ökonomischen Entwicklungsstrategie. Dies hat zu einer abrupten Verschlechterung der wirtschaftlichen

Situation geführt, deren Höhepunkt, allen Anzeichen nach, für die Jahre 2009 bis 2010 zu erwarten ist.

Unabhängige Experten zogen schon für das Jahr 2005 eine negative Bilanz der ersten wirtschaftlichen Entwicklungsetappe nach der Tulpenrevolution. Ihre Einschätzung bezog sich vor allem auf das Sinken des Wirtschaftswachstums, die Erhöhung der Inflationskennzahlen sowie die Verringerung der Industrieproduktion und des Realeinkommens der Bevölkerung. Der Rückgang des BIP wurde laut Jahresbilanz 2005 auf 6 % beziffert. Vor diesem Hintergrund schien das Ziel der neuen Regierung, im Jahr 2006 ein BIP-Wachstum von nicht weniger als 8 % zu erreichen, vollkommen unrealistisch. Das fehlende Interesse ausländischer Investoren, in einer instabilen Situation mit hohem politischem Risiko zu arbeiten, in Verbindung mit den begrenzten inländischen Wachstumsquellen, lässt Fachleute bis heute eine weitere Stagnation der Wirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung vorhersagen.

Kirgistan hat nach 17 Jahren Unabhängigkeit einige der schlechtesten ökonomischen Kennzahlen aller GUS-Staaten. Die Auslandsschulden betragen zudem zu Beginn des Jahres 2009 2,15 Mrd. US-Dollar, d. h. etwa 430 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Die einzige große derzeit ausgebeutete Goldlagerstätte (Kumtor) befindet sich faktisch in ausländischer Hand, die einheimische Wirtschaft kann daher kaum davon profitieren.

Wichtigste Quelle des Wirtschaftswachstums ist die Privatwirtschaft, die in ihren Möglichkeiten jedoch stark durch die massive Korruption im Staatsapparat eingeschränkt ist. Ergebnis ist ein enormes Anwachsen der Schattenwirtschaft, die laut unabhängigen Schätzungen 60 bis 70 % des BIP erreicht. Ein Kabinettsmitglied nannte im Januar 2009 die Zahl von 85 Mrd. Som (1,65 Mrd. Euro) für den tatsächlichen Umfang

der Schattenwirtschaft, was der Höhe des Staatshaushalts nahe käme.

Besonders hervorzuheben ist der Beitrag, den die fast 700.000 Arbeitsmigranten im Ausland für die kirgistanische Wirtschaft leisten. Betrogen ihre Rücküberweisungen im Jahr 2005 noch ungefähr 450 bis 500 Mio. US-Dollar, so stieg diese Zahl bis zum Jahr 2008 auf 825 bis 850 Mio. US-Dollar, was etwa 27 bis 30 % des Budgets entspricht. Doch ist zu befürchten, dass im Jahr 2009 ein Drittel der Gastarbeiter nach Kirgistan zurückkehren wird. Damit ginge dann eine deutliche Abnahme der Überweisungen einher, was wiederum fast unausweichlich zu wachsenden sozialen Spannungen führen würde.

### Regierungspolitik in der Sackgasse?

Das Wirtschafts- und Finanzministerium hat Mitte 2006 eine ökonomische Reformstrategie für die Jahre bis 2010 ausgearbeitet und im Frühling 2007 verabschiedet. Wirtschaftsvertreter bewerteten sie wegen mangelnder Ausgewogenheit der Prioritäten, fehlender Klarheit der Bewertungskriterien und –indikatoren, geringer Finanzausstattung und zu hochgesteckter Erwartungen kritisch. Massive Umverteilungen von Eigentum und die unvernünftige Wirtschaftspolitik der Regierung haben dazu geführt, dass das Land bereits 2007 am Rande einer humanitären Katastrophe stand. Als Folge wachsender Korruption und einer Reihe von schweren Fehlern der Regierung verdoppelten sich die Verbraucherpreise für Lebensmittel bis September 2007 nahezu. Im Jahr 2007 war Kirgistan hinsichtlich der Inflationsrate dann auch führend in der GUS. Offizielle Quellen sahen sie auf einem Niveau von 20 %, unabhängige Experten nannten noch höhere Zahlen (ca. 35–36 %).

Noch schwieriger wurde die Lage 2008. Es wundert daher nicht, dass das vergangene Jahr und der Jahresbeginn 2009 ganz unter dem Vorzeichen wachsender sozialer Probleme und der Unzufriedenheit der Bevölkerung stehen. Denn nun wurde offensichtlich, dass der von der Regierung eingeschlagene Pfad in eine Sackgasse führt. Doch die Führung des Landes nimmt dies entweder nicht wahr oder sie hat keine wirkliche Wahl hinsichtlich ihrer Strategie. Davon zeugt folgendes Beispiel: Mit dem Inkrafttreten eines neuen Steuergesetzes zum 1.1.2009 wurden die Zölle für Gebrauchtwagen erhöht und eine neue Steuer auf Immobilien eingeführt. Schon einen Monat später macht die ablehnende Haltung der Unternehmer deutlich, dass an einer Überarbeitung des Steuergesetzes oder gar einem Moratorium darauf kein Weg vorbei führt. Die Regierung wäre unter

den Bedingungen einer wachsenden internationalen Krise eigentlich dazu verpflichtet, kleine und mittelständische Unternehmen, die die Grundlage für ökonomische Entwicklung bilden, zu unterstützen. Doch macht sie, indem sie die Steuerbelastung und die Gebühren für Patente um ein Vielfaches erhöht, das Gegenteil. Ergebnis ist eine massive Flucht von Unternehmen ins Ausland oder in die Schattenwirtschaft, wo sie dann zur Bereicherung korrupter Beamter beitragen. Unzählige Verkaufsanzeigen von privaten Unternehmen in den kirgisischen Massenmedien zeigen, dass dieser Prozess in vollem Gange ist.

### Land im Energie- und Wassernotstand

Im Jahr 2008 hat die Bevölkerung Kirgistans die Auswirkungen der inländischen Energiekrise, deren Hauptursache in der Unfähigkeit des Industrie- und Energieministeriums zu sehen ist, in voller Härte zu spüren bekommen. Fast das ganze Jahr hindurch war sie mit täglichen acht- bis zwölfstündigen Stromabschaltungen konfrontiert. Wie nur lässt sich das in einem Land erklären, das über erhebliche Wasserkraftressourcen verfügt und Strom erzeugt? Mit einer »Periode der Wasserarmut« und dem »verantwortungslosen Energieverbrauch der Bevölkerung«, so die Antwort der Beamten.

Unabhängige Experten haben hingegen schon seit Mitte 2007 vor dieser Krise gewarnt, sollte die unverantwortliche Energie- und Wasserpolitik des Staates fortgesetzt werden. Und so ist es gekommen. Hier soll ein Beispiel genügen: Während im Jahr 2005 die Wassermenge des Toktogul-Stausees, dessen Wasserkraftwerk gewöhnlich 60 % des nationalen Strombedarfs deckt, noch 19 Mrd. m<sup>3</sup> betrug, lag sie im Herbst 2008 nur noch bei 6,5 Mrd. m<sup>3</sup>. Die kritische Marke liegt bei 5,5 Mrd. m<sup>3</sup>, darunter müssen die Turbinen abgeschaltet werden. Anfang Januar 2009 lag das angestaute Volumen bei etwa 8,15 Mrd. m<sup>3</sup>, bis Anfang Februar 2009 sank es weiter auf 7,1 Mrd. m<sup>3</sup> (gegenüber 9,22 Mrd. m<sup>3</sup> im Jahr 2008). Der unaufhörlich sinkende Wasserstand ließ den damaligen Industrie- und Energieminister Balkibekow schon im November 2008 laut verkünden, Kirgistan werde im Februar 2009 ganz ohne Elektroenergie auskommen müssen. Diese Prognose bewahrheitete sich aufgrund des milden Winters und der umfangreichen Stromrationierungen – glücklicherweise – nicht.

Unabhängige Experten nennen ganz andere, – realistischere – Gründe für diese Entwicklung: ein äußerst ineffektives staatliches Wassermanagement, Korruption und fehlende Transparenz sowie den illegalen Verkauf von Strom und sogar die illegale Ableitung von Wasser in die Nachbarländer. Wenn sich daran nichts ändert,

ist zu befürchten, dass das Toktogul-Wasserkraftwerk im Sommer 2009 seine Arbeit einstellen muss. Angesichts der internationalen Verpflichtungen Kirgistans gegenüber Kasachstan und Usbekistan über Wasserlieferungen in der Vegetationsperiode scheint das durchaus realistisch.

Trotz dieser Kritik von Experten und der großen Unzufriedenheit der Bevölkerung hat das mit Iljas Dawydow Ende November 2008 neu besetzte Industrie- und Energieministerium bisher nicht mit der Suche nach originellen Lösungen begonnen. Stattdessen schlug der neue Minister gleich zu Beginn seiner Amtszeit vor, die Bereitstellung von Strom auf vier Stunden am Tag zu rationieren. Man sollte sich allerdings nicht nur über die Beamten beklagen. Der Präsident ging sogar noch weiter und riet der Bevölkerung, alle verfügbaren Mittel zum Heizen zu nutzen. Angesichts all dessen scheint nunmehr absehbar, dass auch im Jahr 2009 die Praxis der Stromabschaltungen für zehn Stunden am Tag in Kraft bleiben wird.

Ergebnis der Rationierungen ist ein enormer ökonomischer Schaden. Allein für August 2008 wurden die daraus resultierenden Verluste für die Wirtschaft auf 1 Mrd. Som (ca. 29 Mio. US-Dollar) beziffert. Durch die plötzlichen An- und Abschaltungen kam es in großem Ausmaß zur (Zer)Störung von Produktions- und Haushaltstechnik, auch in sozialen Einrichtungen. So ging beispielsweise im Nationalen Zentrum für Kardiologie ein einzigartiges Gerät im Wert von 1,5 Mio. Euro kaputt. Für seine Reparatur mussten erhebliche Summen aufgebracht werden, deren Erstattung das Energieversorgungsunternehmen abgelehnt hat.

Die mit der Situation äußerst unzufriedene Bevölkerung hat ihr Unbehagen bereits mehrfach durch spontane Demonstrationen, versuchte Blockaden wichtiger Fernverkehrsstraßen und Appelle an den Staat kundgetan. Meistens jedoch ohne Ergebnis, denn wegen des lokalen Charakters der Proteste und der geringen Teilnehmerzahl hat der Staat kaum darauf reagiert.

Auch der erhoffte Bau des Kambarata-Wasserkraftwerks, dessen Finanzierung (1,7 Mrd. US-Dollar) Russland im Februar 2009 angekündigt hat, kann die Situation, vor allem wegen der geplanten langen Bauzeit von sieben Jahren und dem für die Energieproduktion notwendigen noch viel längeren Anstauungszeitraum, nicht entschärfen.

Für Russland war nach den Ereignissen von März 2005 die »revolutionäre Ungewissheit« ein Haupthindernis auf dem Weg zu einem Finanzierungsvertrag. Es investierte stattdessen im benachbarten Tadschikistan. Im August 2007 erklärte Wladimir Putin dann, dass die

Gelder für das Projekt nur unter der Bedingung absolut transparenter Verwendung zur Verfügung gestellt würden. Die Lage im Kampf gegen die Korruption hat sich seitdem nicht verbessert, man darf also Zweifel an der Effektivität der russischen Investitionen haben. Nicht weniger bedeutsam ist die sich verschlechternde Weltkonjunktur, die sich auch auf die russische Wirtschaft auswirkt und zu einer verzögerten Bereitstellung der Gelder führen kann.

### Ein falsches Entwicklungsmodell

Vor diesem Hintergrund folgt die Regierung heute ihrer bewährten Taktik und holt sich fehlende Mittel von den Bürgern: Die Tarife für Strom und Heizung wurden bedeutend erhöht, ab dem 1.6.2008 die Preise im öffentlichen Nahverkehr verdoppelt. Ab dem 1.7.2008 stiegen die Strompreise um 13 %, erhöht wurden auch die Tarife für Kaltwasser und Heizwärme.

Und die Preisspirale wird sich weiter drehen. Kirgistan muss Usbekistan seit Anfang 2009 zwei Drittel mehr für Erdgaslieferungen zahlen (statt 145 US-Dollar je 1.000 m<sup>3</sup> im Jahr 2008 nun 240 US-Dollar), vermutlich werden also die Endverbraucherpreise ab Sommer 2009 erneut angehoben.

Trotz »titanischer« Anstrengungen hat die Regierung es nicht geschafft, auch nur annähernd das angestrebte BIP-Wachstum von 7,5 bis 8 % zu erreichen. Wie ausländische Experten hervorheben, lag das reale Wachstum im Jahr 2008 eher bei 4 bis 5 % – bei einem weiterhin, auch im Vergleich mit anderen GUS-Staaten, hohen Inflationsniveau. Offizielle Quellen melden ein BIP-Wachstum von 7,1 %. Es bleibt rätselhaft, worauf sich diese Zahl angesichts wirtschaftlicher Stagnation und der Verarmung der Bevölkerung und folglich abnehmender Kaufkraft, gründet.

Von der Lösung der Wasserfrage hängt ganz wesentlich auch die Lösung einer weiteren schwierigen und existenziellen Frage ab: die Sicherstellung der landwirtschaftlichen Produktion, die trotz Wasserknappheit ausreichend Nahrungsmittel erwirtschaften muss. Im Jahr 2008 wurde die Anbaufläche für Weizen, die über Jahre zurückgegangen war, wieder erhöht. Es wurden erste Schritte zur Einführung neuer Sorten und zur Modernisierung der Landtechnik getan. Im Programm zur Ernährungssicherheit für die Jahre 2008–2012 ist die Modernisierung der Fischproduktion, die Entwicklung der Geflügelhaltung und der Weiterverarbeitung vorgesehen. Es gibt Vorschläge zur Erhöhung der Produktivität der Vieh- und Pflanzenzucht. Die Realisierung dieser und anderer Projekte wird aber dadurch erschwert, dass nach Einschätzungen von UNDP 51 % der land-

wirtschaftlich genutzten Flächen Kirgistans anfällig für Wasser- und Winderosion sind. Die Ernten sinken daher ständig.

Unabhängige Experten nennen eine Vielzahl von Ursachen für die in vierlei Hinsicht beklagenswerte aktuelle Lage im Land. Aber sie stimmen fast alle darin überein, dass die Hauptursache die lang anhaltende Suche nach einem ökonomischen Entwicklungsmodell ist, die zur Vergeudung der ohnehin begrenzten Ressourcen geführt hat. Die Annahme eines von den internationalen Finanzinstitutionen vorgeschlagen Reformmodells hat sich als Falle erwiesen, aus der sich das »unabhängige« Kirgistan nicht befreien kann. Die bedrückende Situation Kirgistans entspricht damit derjenigen vieler der ärmsten Staaten: es befindet sich in einem Teufelskreis von ökonomischer Stagnation, Armut und Verzweiflung.

### Die regionale Komponente

Aber es hängt auch nicht alles von Kirgistan allein ab. Als eines der kleinsten und ärmsten Länder der Region verfügt es in ausreichendem Maß lediglich über Wasserressourcen. Experten betonen zu Recht, dass die Verfügung über das Wasser Einfluss auf die nationalen Sicherheitsinteressen und den Prozess des Staatsaufbaus hat. Dies ist ein wichtiges geo-ökonomisches und -strategisches Potential, das nicht nur die eigene Entwicklung, sondern im Fall transnationaler Wasserressourcen auch das der Nachbarstaaten betrifft.

Angesichts des Wassermangels in der Region ist es unerlässlich, nicht nur die Nutzung des Wassers aus den kirgisischen Stauseen (Toktogul, Papan, Kirow, Orto-Tokoj) gemeinsam zu regulieren, sondern auch ihre Infrastruktur gemeinsam in Stand zu halten. Die Unter-

haltung der in der Sowjetzeit angelegten Bewässerungsanlagen kostet Kirgistan heute jährlich etwa eine halbe Million US-Dollar – eine schwere Last für die Wirtschaft des Landes. Es wird die Unterstützung aller Staaten benötigt, die die Bewässerungsanlagen in Kirgistan nutzen, bisher leistet aber nur Kasachstan einen kleinen Beitrag. Usbekistan, das über die größten Bewässerungsflächen verfügt, hat sich aus der anteilmäßigen Beteiligung an der Lösung des Wasserproblems ganz zurückgezogen.

### Ausblick

Alle genannten Fakten zeugen davon, dass Kirgistan eine der Situation angepasste, adäquate ökonomische Entwicklungsstrategie braucht. Gerade bei der ökonomischen Schwäche des Landes und dem Einfluss der Globalisierung ist eine Entwicklung hin zu effektivem Regieren nötig, was wiederum nur in einem vernünftig geordneten Staatswesen möglich ist. Nur dann wird man die richtigen Schlüsse aus dem bisher Erreichten ziehen und die eigenen Ressourcen effektiv nutzen können.

Allen Beteiligten sollte klar sein, dass Hilfe von Außen nicht die Grundlage für die Prosperität eines Landes sein kann, sondern nur ein ergänzendes Element einer jeden Reformstrategie. Nach aller bisherigen Erfahrung sollte Kirgistan für die Zukunft vor allem auf die Entwicklung seines Humankapitals und die Einführung von innovativen Technologien setzen, denn dies sind die Grundlagen für eine langfristig positive ökonomische Entwicklung der Wirtschaft des Landes.

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

### Über den Autor:

Prof. Dr. Nur Melsowitsch Omarow unterrichtet am Lehrstuhl für internationale Beziehungen der Kirgisisch-Russischen Slawischen Universität in Bischkek, Dissertation am Institut für Orientalistik der Russischen Akademie der Wissenschaften, mehrere Studienaufenthalte in Österreich und Deutschland, u. a. am Europäischen George C. Marshall Forschungszentrum für Sicherheitsstudien.

### Lesetipps:

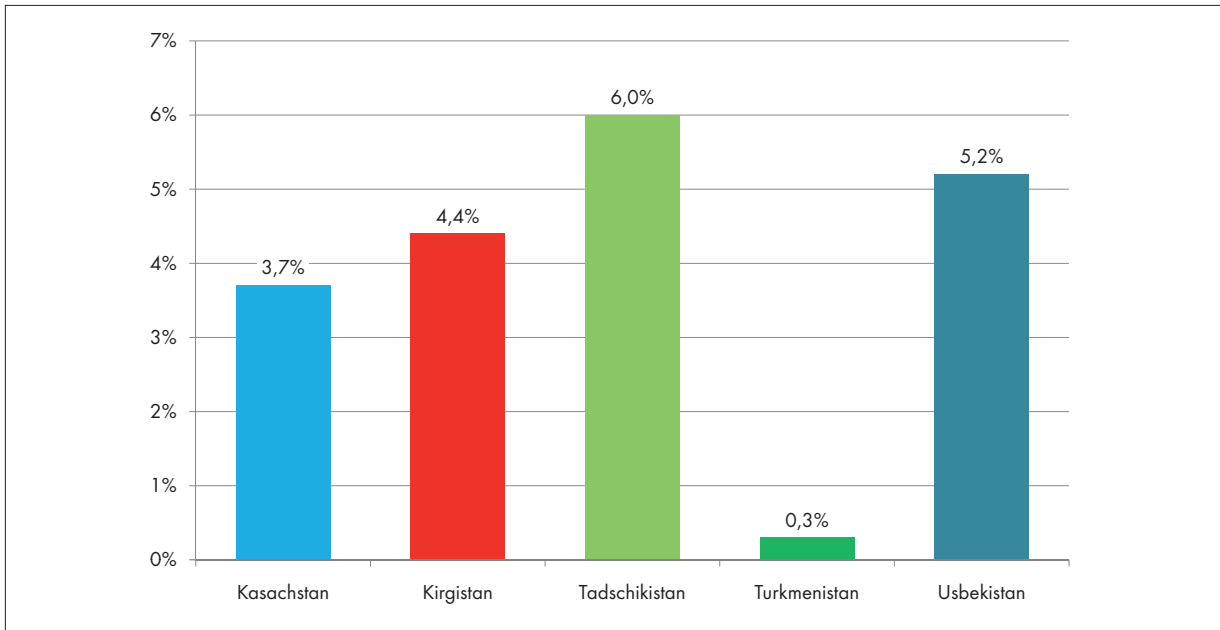
- Consolidated Appeals Process (CAP): Kyrgyzstan Flash Appeal 2008 – Revision <http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900SID/EDIS-7NZNU3?OpenDocument>
- David Trilling, Kyrgyzstan: Farmers in distress turn to selling livestock, 1/23/09, <http://www.eurasianet.org/departments/insightb/articles/eav012309.shtml>
- Arslan Mamatov, Kyrgyzstan: Energy crisis threatens country's stability, 11/18/08 <http://www.eurasianet.org/departments/insightb/articles/eav111808.shtml>
- Asyl Osmonaliev, Kyrgyz Tax Change to Hit Smaller Businesses (RCA No. 562, 19-Jan-09), [http://www.iwpr.net/?p=rca&s=f&o=349306&apc\\_state=henirca200901](http://www.iwpr.net/?p=rca&s=f&o=349306&apc_state=henirca200901)
- Gulnara Mambetalieva, Mirgul Akimova, Energy Fears as Kyrgyz Winter Approaches, (RCA No. 557, 27-Nov-08), [http://www.iwpr.net/?p=rca&s=f&o=348066&apc\\_state=henirca200811](http://www.iwpr.net/?p=rca&s=f&o=348066&apc_state=henirca200811)



**Tabellen und Grafiken**

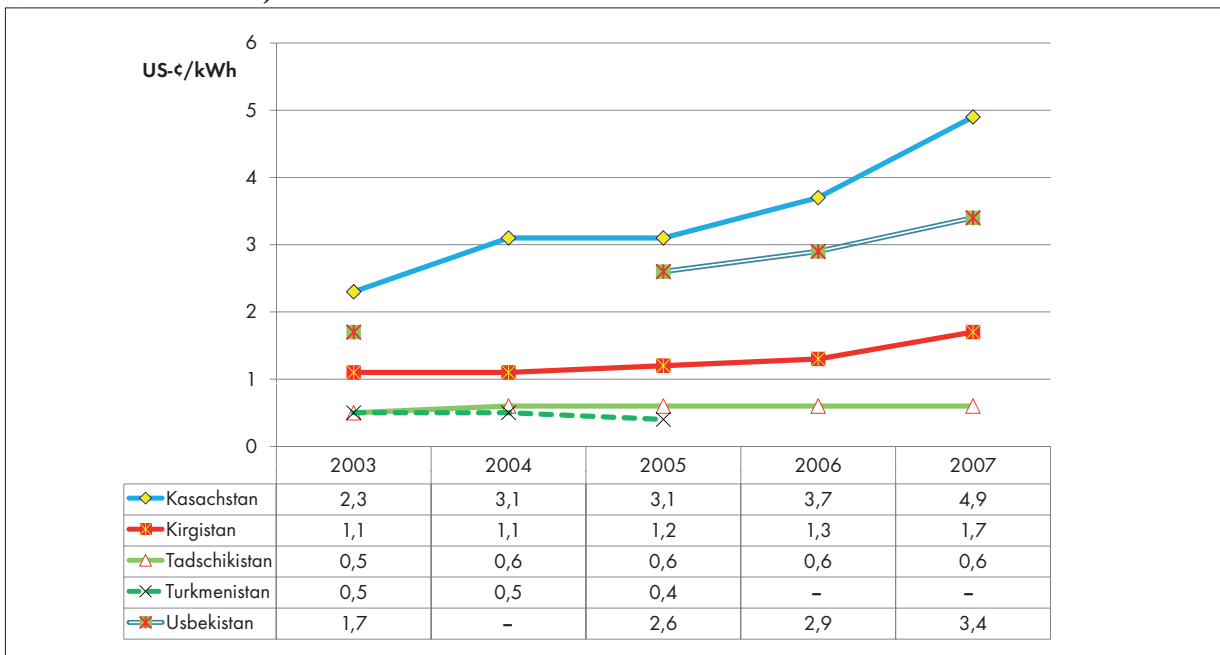
**Sozioökonomische Probleme Kirgistans in der Mikro- und Makrosicht**

Anteil der Kosten für Wasser- und Energieversorgung an den Ausgaben eines Durchschnittshaushaltes in den fünf zentralasiatischen Ländern (in %)



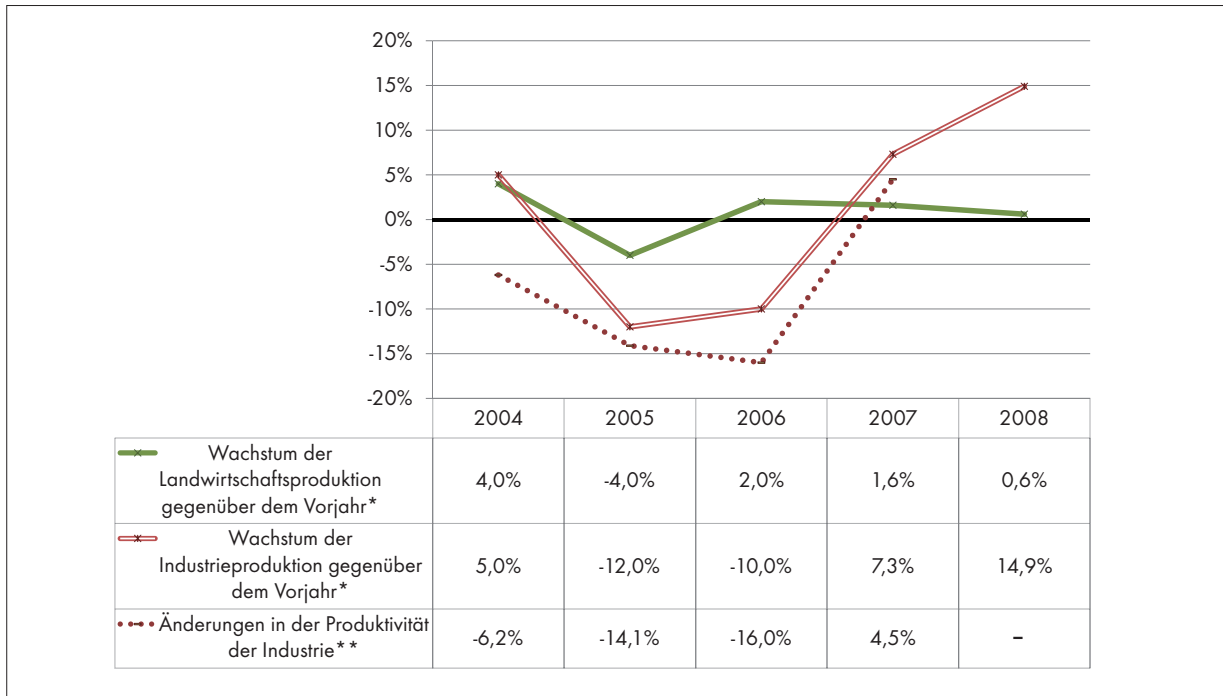
Quelle: EBRD Transition Report 2008; [www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf](http://www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf)

Preise für Elektroenergie 2003–2007 in den fünf zentralasiatischen Ländern (in US-Dollar-Cent je kWh)



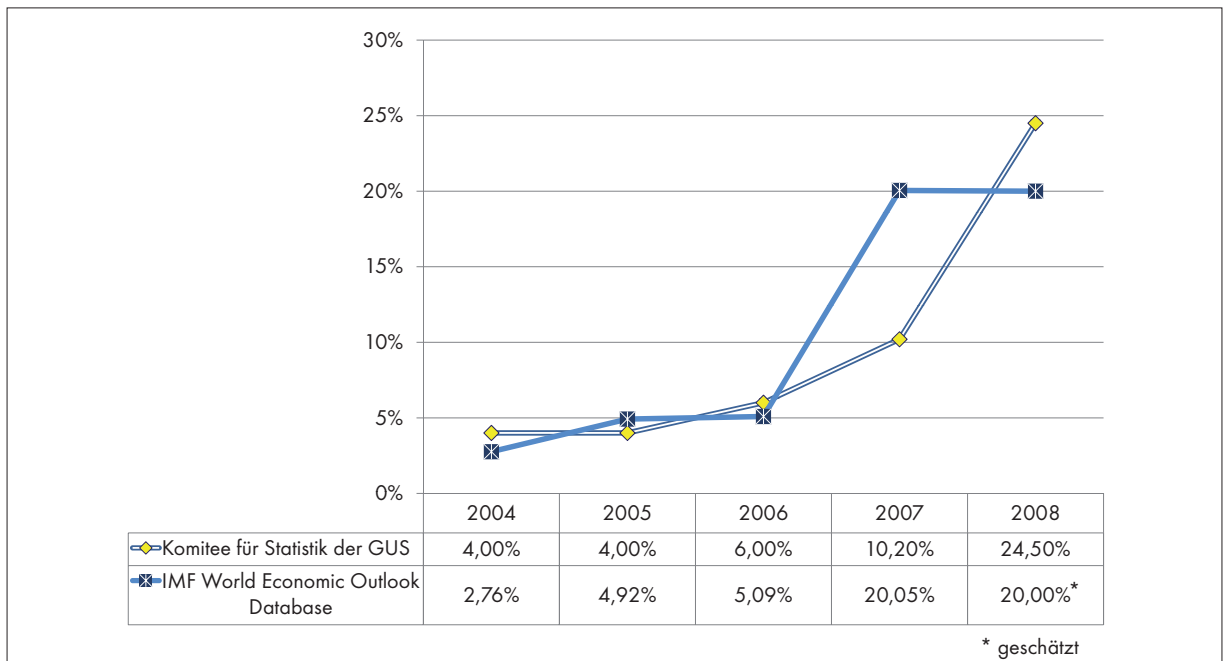
Quelle: EBRD Transition Report 2008; [www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf](http://www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf)

**Kirgistan: Wachstum der Landwirtschafts- und Industrieproduktion und Änderungen in der Produktivität der Industrie 2004–2008 (in %)**



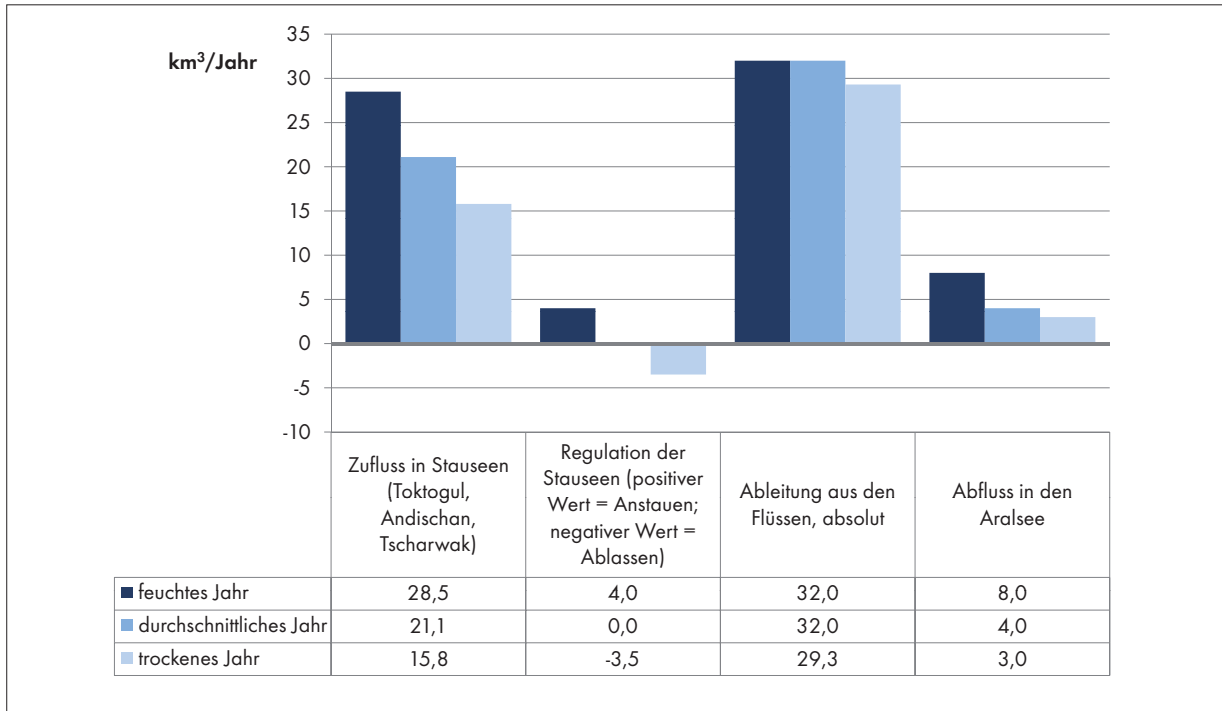
Quellen: \* Komitee für Statistik der GUS; [www.cisstat.com/rus/index.htm](http://www.cisstat.com/rus/index.htm);  
 \*\* EBRD Transition Report 2008; [www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf](http://www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf)

**Kirgistan: Wachstum der Verbraucherpreisindizes in % zum Vorjahr**



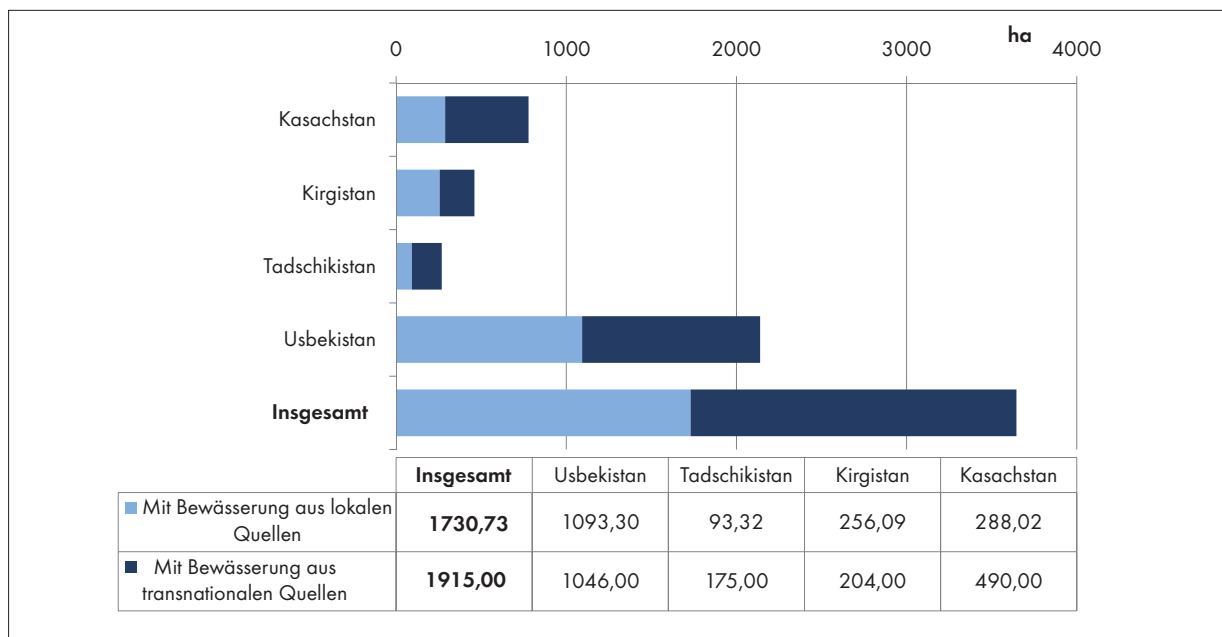
Quellen: Komitee für Statistik der GUS; [www.cisstat.com/rus/index.htm](http://www.cisstat.com/rus/index.htm); IMF World Economic Outlook Database;  
[www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/02/weodata/index.aspx](http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/02/weodata/index.aspx)

### Wasserhaushalt transnationaler Flüsse im Syr Darja-Becken (in km<sup>3</sup>/Jahr)



Quelle: Information portal on water in Central Asia; [www.cawater-info.net/syrdarya/water\\_e.htm](http://www.cawater-info.net/syrdarya/water_e.htm)

### Bewässerungsflächen im Syr Darja-Becken (in ha)



Quelle: Information portal on water in Central Asia; [http://www.cawater-info.net/syrdarya/watermanage\\_e.htm](http://www.cawater-info.net/syrdarya/watermanage_e.htm)

Weitere Daten zur sozioökonomischen Entwicklung Kirgistans finden Sie in den Zentralasien-Analysen 11/08, S. 9f.



**Dokumentation****Abwertung ja, aber wie?****Die Devaluierung des Tenge im Spiegel der Presse Kasachstans**

Wie in Russland war es auch in Kasachstan monatelang für Regierungsbeamte und staatliche Medien tabu, von einer Finanzkrise im Lande zu sprechen. Erst nachdem Präsident Nursultan Nasarbajew Mitte Oktober eine Reihe von Maßnahmen gegen die Folgen der weltweiten Krise ankündigt hatte, wurde das Unwort gesellschaftsfähig. Seither ist kaum ein Tag vergangen, an dem die Öffentlichkeit nicht mit dem Thema konfrontiert wurde.

Die Regierung unter Premierminister Karim Massimow stemmt sich seitdem mit aller Kraft und unter großer, von ihr gewollter, Aufmerksamkeit der Medien gegen die Auswirkungen der Krise, die für das ressourcenreiche Land noch zusätzlich durch die stark gesunkenen Ölpreise verstärkt wird. Besonders betroffen sind die Banken, da sie in Zeiten des Wirtschaftsbooms gewaltige Kredite im Ausland aufgenommen haben und diese nun abzahlen müssen.

Der Internationale Währungsfonds hat Kasachstan im Januar ausdrücklich für seine »mutige Strategie« beim Management der Wirtschafts- und Finanzkrise gelobt. Aber die widersprüchlichen Aussagen von Regierungsbeamten über ihre Pläne und die dann oftmals davon abweichende Ausführung haben in der Bevölkerung zu einem starken Vertrauensschwund in die staatlichen Organe und die Richtigkeit ihrer zunehmenden Eingriffe in das Wirtschafts- und Finanzwesen geführt.

Ende letzten Jahres hatte der Staat z. B. bei den vier größten Banken des Landes zur Stärkung ihrer Liquidität einen Anteil von 25 Prozent erworben. Anfang Februar übernahm sie dann bei zwei von ihnen, bei der »BTA Bank« und der »Alliance Bank«, d. h. der größten und der viertgrößten Bank Kasachstans, sogar die Mehrheit der Aktien. Dies mag aufgrund der zunehmend prekären Situation bei beiden Banken gerechtfertigt gewesen sein. Während sich die »Alliance Bank« freiwillig in staatliche Hände begab, war der Vorsitzende der »BTA Bank«, Mughtar Abljasow, jedoch strikt gegen das staatliche Vorgehen. Er wurde entmachtet und zog sich umgehend ins Ausland zurück – um von dort aus die Vorgehensweise der Nationalbank kritisch zu kommentieren. Die Bevölkerung hat auf ihre Weise reagiert, indem sie in den zwei Wochen nach der Übernahme insgesamt 700 Mio. US-Dollar an Guthaben bei der »BTA Bank« abgezogen hat.

Das für die Bevölkerung bisher einschneidendste Ereignis in dieser Krise war aber die Devaluierung des Tenge am 4. Februar, zwei Tage nach Ankündigung der Verstaatlichung von »BTA Bank« und »Alliance Bank«. Anwar Saidev, bis Mitte Januar Vorsitzender der Nationalbank und nun Vorstandsvorsitzender der »BTA Bank«, hatte vor wenigen Wochen noch von einer geplanten graduellen Abwertung von 10 Prozent im Laufe des Jahres gesprochen. Unter dem neuen Vorsitzenden der Nationalbank, Grigorij Martschenko, wurde nun innerhalb eines Tages die Abwertung um fast 25 Prozent umgesetzt.

Schon die Ernennung Martschenkos war ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Staatsführung noch entschiedener gegen die Krise vorgehen wollte. Martschenko hatte sich in gleicher Funktion schon 1999 einen Namen als Krisenmanager gemacht, als Kasachstan in Folge der Finanzkrisen in Asien und in Russland erstmals seine Währung abwerten musste. Aber mit einem derart forschen Handeln hatte jetzt kaum jemand gerechnet.

In den ersten Tagen nach der Abwertung kam es in der Bevölkerung stellenweise zu Hamsterkäufen, da ein großer Teil der Waren des täglichen Bedarfs aus dem Ausland importiert wird und drastische Preiserhöhungen befürchtet wurden. Unterdessen besuchten Premierminister Massimow und andere Würdenträger in Begleitung von Presse und Fernsehen demonstrativ Supermärkte und Basare, um spekulativen Preiserhöhungen vorzubeugen. Mittlerweile kursieren Gerüchte, dass in Regierungskreisen über eine weitere Devaluierung diskutiert werde, was Martschenko aber dementiert.

All dies bot Anlass für die sonst recht zahnlose Opposition, sich in der Öffentlichkeit mal wieder in Erinnerung zu rufen. So wurden Demonstrationen im ganzen Land geplant, jedoch nur in der ehemaligen Hauptstadt Almaty von den Behörden erlaubt. Dort fand am 21. Februar in einem Außenbezirk eine Kundgebung mit nur ungefähr 300 Teilnehmern statt, auf der der Rücktritt von Regierung und Parlament wegen ihres unzureichenden Krisenmanagements gefordert wurde.

Die ausgewählten Artikel der kasachstanischen Presse geben einen Überblick über die Hintergründe für die Abwertung des Tenge sowie die Auswirkung auf die Wirtschaft, die einheimischen Unternehmen und die Bevölkerung. Während das gemäßigt liberale Wirtschaftsblatt »Kapital« verhaltene Kritik am abrupten Vorgehen der Regierung übt, lässt die oppositionelle »Respublika« Fürsprecher und Gegner der Abwertung zu Worte kommen. Die kasachstanische Ausgabe des russischen Nachrichtenmagazins »Expert« sieht keine Alternative zur Devaluierung des Tenge, während große Teile der Bevölkerung da anderer Meinung sind.

*Birgit Brauer, Almaty*

### »Grigorij Raspustil« den Tenge<sup>1</sup>

»Kapital« No 4 (191), 5.2.2009

<http://gazetakapital.kz/econom/3081-grigorij-raspustil-tenge.html>

*Von Weronika German*

Während der Präsident in Moskau Integrationsprobleme diskutierte, entließ der »neue alte« Nationalbankchef Kasachstans, Grigorij Martschenko, den Tenge in den mehr als freien Fall. [...]

Nach der Meinung von Aitolkyn Kurmanowa, der Geschäftsführerin des »Instituts für Ökonomische Strategien – Zentralasien«, war dies zweifellos ein abrupter Schritt. Auch vorher sei klar gewesen, dass die Devaluierung unausweichlich war, besonders nach der Senkung der Ölpreise und nachdem Russland den Rubel abgewertet hatte.

»Doch ich finde, dass es nicht nötig war, so hastig vorzugehen«, erklärt sie. Nach ihren Worten sei die emotionale Reaktion der Bevölkerung vorhersehbar gewesen. Schon jetzt sei die übertriebene Panik an den Wechselstuben voll im Gange. Kurmanowa glaubt, dass gerade in dem Moment, als der Staat den Banken Geld überwiesen hatte und diese daraus ihre Schulden zurückzahlen konnten, die Nationalbank die Stützung des Tenge einstellte. Anders gesagt, die Abwertung wurde vor allem für die Banken hinausgezögert, liegt doch die größte Schuldenlast in Dollar und Euro auf ihren Schultern.

Nur sollte man nicht vergessen, fügt Kurmanowa hinzu, dass es Tausende von Personen gibt, die Kredite in ausländischen Devisen aufgenommen haben, und dass ein hohes Inflationsrisiko besteht. Positive Effekte hätte die Abwertung nur für den Metallurgiesektor, für alle anderen sei sie nicht besonders günstig. Liegt doch das Grundproblem darin, dass die Privatwirtschaft große Kredite aufgenommen hat, die Masse davon in ausländischer Währung.

»Eine solch heftige Devaluierung des Tenge ist eine Schocktherapie, deren Durchführung Gefahren ins sich birgt, besonders jetzt, wo im Land ohnehin ein hohes Maß sozialer Spannung besteht. Letztendlich kann dies zu einer Verunsicherung der Bevölkerung und Unternehmen führen«, meint Kurmanowa. [...]

### *Wie hat die Bevölkerung die Nationalbank erzürnt?*

[...] Der Chef der Nationalbank rief die Bevölkerung dazu auf, Dollar und Euro ausschließlich in Banken zu kaufen, und nicht in Wechselstuben, die nun die »Gunst der Stunde« nutzen könnten, um sich an Devisentransaktionen zu bereichern. Martschenko fügte hinzu, dass die Nationalbank die Situation auf dem Devisenmarkt abwarten werde und – im Fall einer Abschwächung des Tenge – dazu gezwungen sein werde, wie bereits in der vorangegangenen Woche ein Defizit der nationalen Währung zu erzeugen. Das führe wieder zu einer Stärkung des Tenge-Kurses.

Indessen besuchte Premierminister Massimow gestern zusammen mit dem Bürgermeister von Astana Wechselstuben und Geschäfte der Hauptstadt. Diesen Auftrag erteilte er auch den Gebietsgouverneuren und dem Bürgermeister von Almaty: sie sollen gemeinsam mit der Presse Läden und Wechselstuben inspizieren, um eine ungerechtfertigte Sabotage nicht zuzulassen.

<sup>1</sup> Die russische Überschrift »Grigorij Raspustil tenge« enthält eine nicht ins Deutsche übertragbare Anspielung. Die Verwendung des Verbs raspustit' (lockern, entlassen, verderben, auflösen) ist im Zusammenhang mit Geldentwertung eher ungewöhnlich. Sie soll, verbunden mit der Großschreibung, beim Leser eine Verbindung des Nationalbankchefs Grigorij Martschenko mit der schillernden Person des Popen Grigorij Rasputin erzeugen, der in den letzten Jahren des Zarenreiches erheblichen, nach Meinung vieler verderblichen, Einfluss auf den russischen Zaren und seine Familie hatte. Der heutige Leser in Kasachstan assoziiert nach unseren Recherchen mit Rasputin Chaos und Machtmissbrauch.

Doch ist dies unausweichlich, besonders in dem Teil der Bevölkerung, der Kredite in Dollar aufgenommen hat, sein Einkommen aber in Tenge erhält. Nach Angaben der Nationalbank hat sich zum 1.9.2008 der Anteil von Anleihen in ausländischer Währung am Gesamtkreditumfang kasachstanischer Geschäftsbanken im Vergleich zu Anfang 2007 verringert, liegt jedoch noch immer bei etwas mehr als 50 %. Wie zuvor ist der größte Teil dieser Darlehen an die Bevölkerung vergeben worden. Gerade sie leidet daher besonders unter der Abwertung. Im Übrigen, so ist Martschenko überzeugt, hätten Leute, die in den Jahren 2005 und 2006 Kredite aufgenommen haben, nicht schlecht am Wertverfall des US-Dollars verdient. Damals hätten die Banken ihre Kreditverträge nicht überarbeitet und auch jetzt würden sie dies mit Sicherheit nicht tun.

### *Das Budget berechnen wir neu!*

Die Nachricht über die Devaluierung des Tenge hat sich auch auf den Staatshaushalt des Landes ausgewirkt, der sofort – ausgehend vom seinem Kurs gegenüber dem US-Dollar – korrigiert wurde. So gab Massimow den Kabinettsmitgliedern gestern den Auftrag, Änderungen ins Staatsbudget und in die Prognose makroökonomischer Kennzahlen unter Berücksichtigung der Tenge-Abwertung einzuarbeiten.

Nach seinen Worten, wird sich die Devaluierung »positiv in der Zahlungsbilanz des Staates niederschlagen und gleichzeitig stimulierend auf die inländische Produktion auswirken.« [...]

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

### **Wem hat es genützt, dass der Tenge »fallengelassen« wurde?**

»Respublika« No. 4 (139), 6.2.2009

[http://respublika-kz.com/news/polit\\_process/871/](http://respublika-kz.com/news/polit_process/871/)

*Von Jewgenija Plachina und Irina Mednikowa*

Durchschnittskasachstaner haben die Abwertung der Nationalwährung bereits zu spüren bekommen. Innerhalb eines Tages stiegen die Preise für Brot, Gemüse und Benzin im Land, und diese Tendenz scheint sich – entgegen der Beteuerungen der Regierung – allen Anzeichen nach fortzusetzen. Während das einfache Volk die Verluste überschlägt und sich mit Schrecken an die Hypothekendarlehen erinnert, haben es einige große Unternehmen bereits geschafft, in den Ereignissen ein gutes Zeichen zu sehen. [...]

### *Im Plus – nicht nur Exporteure*

Der Vize-Präsident der Kasachstanischen Aktienbörse Andrej Zaljuk glaubt, dass es für Kasachstan keinen anderen Ausweg als die Devaluierung des Tenge gab.

»Der Hauptgrund für die Abwertung liegt darin, dass viele Staaten, die zu unseren Handelspartnern zählen, sie bereits vollzogen hatten. Deshalb gab es für uns faktisch keinen anderen Ausweg. Man konnte die Devaluierung allmählich vollziehen oder abrupt, aber durchführen musste man sie in jedem Fall«, erklärte Zaljuk der »Respublika«.

Nach Meinung des Experten, nützt die Abwertung in erster Linie Exportunternehmen.

»Ein beträchtlicher Teil unserer Wirtschaft besteht aus exportorientierten Unternehmen. Sie profitieren besonders von der Devaluierung. Sie löst selbstverständlich nicht all ihre Probleme, doch hat ihnen die Nationalbank so den Rücken gestärkt und ihre Geschäftstätigkeit effektiver gemacht. Die Exporteure sind nun wettbewerbsfähiger als vorher. Das ist der wichtigste Umstand dabei.« [...]

Außerdem sollte sich die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Rohstoffunternehmen nach der Einschätzung des Experten zweifellos auch auf die Notierung von Wertpapieren auswirken.

»Gestern haben die Londoner und die Kasachstanische Wertpapierbörse darauf mit entsprechend steigenden Kursen reagiert. Vor dem Hintergrund des lang anhaltenden Niedergangs in der letzten Zeit sind das gute Nachrichten«, sagte Zaljuk und fügte einen weiteren Sachverhalt hinzu. »Ein Plus auf dem Aktienmarkt wird auf den Repo-Markt projiziert, das heißt auf den Markt der kurzfristigen Gelder, wo die Verlässlichkeit von Transaktionen zunimmt und das Vertrauen der Teilnehmer zueinander steigt. Aber global gesehen nützt die Abwertung den Exporteuren.«

### *Alle anderen – im Minus*

Der stellvertretende Direktor des »Zentrums für Analyse Gesellschaftlicher Probleme«, Kanat Berentajew, kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass von der Devaluierung exportorientierte Unternehmen profitieren. Doch hebt er hervor, dass für alle anderen der Fall des Tenge ungünstig sein wird.

»Rein theoretisch nützt die Abwertung den Exportunternehmen. Ich habe heute Morgen im Internet gesehen, dass nur vier große Unternehmensgruppen die Devaluierung unterstützen. So etwa »Karmet« und »Kazakhmys«... Allen übrigen schadet die Abwertung.«

Darüber hinaus wirkt sich die Devaluierung nach Meinung des Experten in erster Linie auf die für den inländischen Markt produzierenden Unternehmen negativ aus.

»Davon zu reden, dass unsere Waren auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger werden, macht überhaupt keinen Sinn: Außer Rohstoffen exportieren wir nichts. Man kann auch nicht sagen, dass aufgrund der Verteuerung des Imports einheimische Produzenten einen Anreiz zur Entwicklung erhalten, da Russland, unser wichtigster Handelspartner, die Abwertung bereits im Frühjahr durchgeführt hat. Darüber hinaus sind unsere Unternehmen, darunter KMU, vor allem von importierten Rohstoffen abhängig. Technik und Ausrüstung sind selbstverständlich ebenfalls importiert. Daraus folgt deren Verteuerung« – hebt Berentajew hervor.

Auch für Banken ist in seinen Augen die Abwertung ungünstig.

»Was die Banken angeht, so müssen diese in diesem Jahr 12 Mrd. US-Dollar an Schuldendienst aufbringen. In Verbindung mit der Devaluierung müssen sie nun nach dem alten Tenge-Kurs 15 bis 16 Mrd. US-Dollar zahlen. Das heißt, für sie verschlechtern sich die Bedingungen, gleichzeitig verringern sich die Mittel für die Bereitstellung von Krediten für die inländische Wirtschaft. Darunter leiden entsprechend alle, die Kredite benötigen, beispielsweise KMUs.«

Nach den Worten Berentajews wird die Abwertung gewiss auch ein Loch in den Geldbeutel der Verbraucher reißen.

»Wenn man »harte Devisen« betrachtet, insbesondere den Yuan, so verteuert sich jede Art von Massenprodukten und Technik. Letztendlich kommt es zu einer allgemeinen Preissteigerung und daraus folgt ein Sinken des Lebensstandards«, fügt der Experte hinzu und fasst zusammen, »die Devaluierung nützt nur der kleinen Gruppe von Oligarchen mit Nähe zur Macht«. [...]

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

### **Das Gefecht ist verloren, nicht aber die Schlacht**

**Expert Kasachstan No. 5 (201), 9.2.2009**

[www.expert.ru/printissues/kazakhstan/2009/05/mnenie/](http://www.expert.ru/printissues/kazakhstan/2009/05/mnenie/)

*Von Alexandr Iwanter*

Es ist vollbracht: nach 22 Monaten der Stützung eines festen Tenge-Kurses hat sich Kasachstan dem Rennen um Devisenabwertungen angeschlossen. Die Korrektur der nationalen Währung erfolgte nicht fließend um 10 %, wie es Wirtschaftsminister Bakyt Sultanow angekündigt hatte, sondern abrupt um 25 %. Möglicherweise ist das auch das Beste: Das Beispiel Russlands und der Ukraine zeugt von unheilvollen Szenarien schleichender Devaluierungen, die nur die spekulative Nachfrage nach Devisen anheizen und die Reserven der Zentralbanken versiegen lassen.

Das Ausmaß der Deviseninterventionen des Staates in den letzten vier Monaten (6 Mrd. US-Dollar, darunter 2,7 Mrd. allein im Januar) machte die Stützung des Tenge auf dem bisherigen Niveau zu einem ziemlich kostspieligen Unterfangen. Außerdem haben die Länder, aus denen fast 50 % der kasachstanischen Imports stammen – Russland, Ukraine, Belarus, Türkei – ihre Währungen in den letzten sieben Monaten um 40 bis 60 % abgewertet. Im Wettrennen um billiger werdende Währungen außen vor zu bleiben, hätte für inländische Produzenten den Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedeutet. [...]

Für die Devaluierung gab es somit Gründe im Überfluss. Der einzige Umstand, der die Kurs-Chirurgie verkomplizierte, lag in den Risiken für den Bankensektor. Gerade deshalb übernahm der Staat buchstäblich am Vorabend der

Abwertung die Kontrolle über zwei Banken der »großen Sechs« – »BTA Bank« und »Alliance Bank«, auf die ein Drittel der Gesamtaktiva und ein Viertel der Einlagen der Bevölkerung bei Geschäftsbanken entfällt. [...]

Die Abwertung ähnelt in gewisser Weise dem Verlust der Jungfräulichkeit: Die Erwartung ist viel höher als das eigentliche Ereignis und noch mehr die Erinnerung daran. Wenn alles vorbei ist, besteht die Schwierigkeit darin, das neue Kursniveau zu halten und nicht in eine allmähliche Abwärtsspirale zu geraten. Vor zehn Jahren musste Kasachstan, nachdem es der russischen Finanzkrise ein halbes Jahr widerstanden hatte, den Tenge abwerten. Nur war das Ausmaß damals wesentlich schwerwiegender: Von Anfang März bis Ende Juni 1999 verlor die kasachstanische Währung gegenüber dem US-Dollar die Hälfte ihres Wertes, was zu massiv steigender Inflation und einem sinkenden Lebensstandard der Bevölkerung führte.

Erste Anzeichen einer Verteuerung von importierten Gebrauchsgütern als Antwort auf den Fall des Tenge lassen sich auch heute in einigen Städten des Landes feststellen. Neben harten Worten von Premierminister Massimow über die Unzulässigkeit ungerechtfertigter Preissteigerungen ist eine gemäßigte Zinspolitik der Nationalbank, die gleichzeitig mit der Devaluierung verkündet wurde, ein wirksamer Hebel gegen die Inflation. Die Senkung des Zinssatzes für die Rückzahlung von Darlehen und die des jenes für Reserveforderungen federt die Wucht der Tenge-Abwertung für Banken und Zeichner von Devisenanleihen ab.

Doch wer die aus der Devaluierung des Tenge folgende spekulative Nachfrage nach Bargeldressourcen in Kirgistan und Tadschikistan abschwächt, ist bisher noch nicht klar. Die Nachbarn Kasachstans sind wohl die nächsten Kandidaten für den Start ins Abwertungsrennen.

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

**Chronik**
**Vom 23. Januar bis 20. Februar 2009**
**Kasachstan**

23.1.2009	Wie Kultur- und Informationsminister Muchtar Kul-Muchammed mitteilt, plant sein Ministerium die Herausgabe einer englischsprachigen Wochenzeitung auf Grundlage der offiziellen Kasachstanskaja Prawda, sowie eine russischsprachige Zeitschrift »Weg nach Europa«.
24.1.2009	Nach einer Bombendrohung wird in Almaty das Gebäude des Flughafens sowie der Bahnhof Almaty-1 evakuiert, es kommt zu Verspätungen im Flug- wie Zugverkehr.
25.1.2009	Den erneut in den Hungerstreik getretenen Arbeitern eines Chemiebetriebes im Gebiet Ostkasachstan wird die Bezahlung ihrer ausstehenden Gehälter zugesagt.
25.1.2009	Bei einem Wirtschaftsforum im Rahmen seines Staatsbesuches in Indien macht Präsident Nursultan Nasarbajew den Vorschlag, anstelle von regionalen eine weltweit einheitliche Währung zu schaffen.
26.1.2009	Der Pressedienst des Innenministeriums gibt bekannt, dass im Jahr 2008 1,3 Mio. Arbeitsmigranten nach Kasachstan eingereist sind. Das sind fast 50 % weniger als im Vorjahr.
26.1.2009	KazTAG berichtet mit Verweis auf die Unternehmungsleitung, dass ab dem 1.2.2009 5.000 Mitarbeiter von »ArcelorMittal« auf Kurzarbeit gesetzt werden.
26.1.2009	Präsident Nasarbajew nimmt in Indien als Ehrengast an den Feierlichkeiten anlässlich des Tages der Republik teil.
26.1.2009	Ab dem 27.1. entfällt bis auf weiteres die Exportsteuer für Rohöl, teilt KazTAG mit.
27.1.2009	Premierminister Karim Massimow fordert eine schnelle Überweisung von jeweils 1 Mrd. US-Dollar von der Nationalholding »SamrukKasyna« an »Kaskommertsbank« und »Narodny Bank Kasachstana«. Diese werden einen Tag später in Aktienpakete konvertiert.
28.1.2009	Präsident Nasarbajew reist zum Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos.
28.1.2009	Die Union der Muslime Kasachstans fordert die Freilassung des Chefredakteurs der oppositionellen Zeitung »Alma-Ata Info«, Ramasan Jesergepow.
28.1.2009	Die untere Kammer des Parlaments billigt einen Gesetzentwurf, nach dem »SamrukKasyna« das Recht erhält, Bankaktien zu kaufen.
29.1.2009	Finanzminister Bolat Schamischew gibt eine Steuersenkung für Bergbau-Unternehmen bekannt,
30.1.2009	Nach »Bank CentrKredit« und »Alliance Bank« wird auch der Handel mit Aktien der »BTA Bank« an der kasachstanischen Wertpapierbörse KASE ausgesetzt. Die Kurse hatten jeweils um 30 bis 40 % an Wert verloren.
30.1.2009	Vor einem Gericht in Wien sagen der ehemalige Chef und die Ehefrau eines der nach wie vor vermissten Topmanager der »Nurbank« gegen den ehemaligen Schwiegersohn von Präsident Nasarbajew, Rachat Alijew, aus.
30.1.2009	Kasachtelekom senkt die Tarife für DSL-Internet ab dem 1.2. um 68 bis 74 %.
30.1.2009	Nach Angaben von Innenminister Bauyrshan Muchamedschanow halten sich mehr als 700.000 tadschikische und kirgisische Staatsbürger illegal in Kasachstan auf.
2.2.2009	Der Staatssekretär im Außenministerium, Kanat Saudabajew, reist zu einem Arbeitsbesuch in die USA.
2.2.2009	Wie Premierminister Massimow erklärt, werden 1,7 Mrd. US-Dollar an die »BTA Bank«, 200 Mio. US-Dollar an die »Alliance Bank« überwiesen. Die Aktienmehrheit von 78,14 bzw. 76 % fällt damit an den Staat.
2.2.2009	Die Staatsschulden Kasachstans sind 2008 um 44,9 % auf 1,3 Billionen Tenge (ca. 7 Mrd. Euro) gewachsen, gibt Finanzminister Schamischew bekannt.
2.2.2009	Ein Gericht in Atyrau verhängt gegen das Unternehmen AgipKCO eine Strafe in Höhe von 61 Mio. US-Dollar wegen Verstößen gegen das Umweltrecht.
3.2.2009	Mit einem Galakonzert in Berlin in Anwesenheit von Präsident Nasarbajew und seinem deutschen Amtskollegen Horst Köhler wird das Kasachstan-Jahr in Deutschland feierlich eröffnet.
3.2.2009	Aus dem Dorf Schachan (Gebiet Karaganda) werden Protestkundgebungen gegen die mehrfache Erhöhung der Strompreise und nachfolgende Verhaftungen gemeldet.



4.2.2009	Die Nationalbank entwertet den Tenge im Verhältnis zum US-Dollar um 25 % auf einen Kurs von 150:1. Auf die Inflation werde sich dieser Schritt nur eingeschränkt auswirken, glaubt Nationalbankchef Grigorij Martschenko.
4.2.2009	Die Führungsspitze der »BTA Bank« wird nach deren Verstaatlichung ausgetauscht.
4.2.2009	Präsident Nasarbajew reist zu den Gipfeltreffen von EurasEC und CSTO nach Moskau.
5.2.2009	Bei einem Treffen von Präsident Nasarbajew mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew in Moskau wird die Zusammenarbeit beider Staaten in den nächsten Monaten besprochen.
5.2.2009	Wie Wirtschaftsminister Bakyt Sultanow mitteilt, wird es nach der Tenge-Abwertung keine Kompensation für Staatsangestellte und Empfänger staatlicher Sozialleistungen geben. Löhne, Renten und Stipendien waren zum 1.1.2009 um 25 % angehoben worden.
6.2.2009	Die Regierung plant Maßnahmen zum Schutz von Unternehmern, die durch die Tenge-Abwertung Verluste gemacht haben, erklärt der Bürgermeister von Almaty, Achmetschan Jesimow.
6.2.2009	Präsident Nasarbajew unterzeichnet die umstrittenen neuen Medien-, Parteien- und Wahlgesetze.
6.2.2009	Präsident Nasarbajew verteidigt die Tenge-Abwertung als unabdingbaren Schritt zur Unterstützung der Wirtschaft.
9.2.2009	Premierminister Massimow schlägt vor, Arzneimittellieferanten wie -händler, die die Tenge-Devaluierung zur Preisanhebung um 50 % genutzt haben, gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.
10.2.2009	Nach der Entscheidung eines Gerichts in Almaty muss die oppositionelle Zeitung »Alma-Ata Info« für einen Monat ihr Erscheinen einstellen.
10.2.2009	Premierminister Massimow teilt auf seinem Blog mit, dass sein Monatseinkommen 700.000 Tenge (3.770 Euro) beträgt.
10.2.2009	Der Chef der oppositionellen Allnationalen Sozialdemokratischen Partei, Scharmachan Tujakbai, kündigt in Reaktion auf die Unterzeichnung des neuen Wahlgesetzes einen Wahlboykott an.
10.2.2009	Premierminister Massimow möchte die Einkommen von Führungskräften in Staatskonzernen in Krisenzeiten begrenzen, meldet KazTAG.
11.2.2009	Der von Präsident Nasarbajew angerufene Verfassungsrat bestätigt, dass die umstrittenen Änderungen im Gesetz über die Religionsfreiheit der Verfassung widersprechen. Unabhängige Experten sehen in der Entscheidung ein Entgegenkommen gegenüber der, die Zeitung »Delowaja Nedelja« gar ein »Theater für die OSZE.«
12.2.2009	Präsident Nasarbajew fordert auf einer Sitzung der Partei »Nur-Otan« die Ausarbeitung eines Modernisierungsplans für die Zeit nach der Krise.
12.2.2009	Präsident Nasarbajew unterzeichnet ein Gesetz, das die Tätigkeit von islamischen Banking- und Finanzierungsinstrumenten in Kasachstan fördern soll.
12.2.2009	Präsident Nasarbajew empfängt den tschechischen Ministerpräsidenten und amtierenden EU-Ratspräsidenten Mirek Topolanek zu Gesprächen über die Zusammenarbeit mit der EU.
13.2.2009	Die Regierung nimmt ein Dekret an, nach dem in den neuen biometrischen Reisepässen auf Wunsch die Nationalität angegeben werden kann.
14.2.2009	Trotz der weltweiten Krise sind im Jahr 2008 17,4 Mrd. Tenge (ca. 9,6 Mio. Euro) Steuergelder mehr als im Vorjahr ins Staatsbudget geflossen, gibt die Steuerbehörde Almaty bekannt.
16.2.2009	Der Handel mit den privilegierten Aktien der Kasachtelekom an der Kasachstanischen Börse wird eingestellt, nachdem ihr Kurs um 31,62 % eingebrochen war.
16.2.2009	Premierminister Massimow weist Industrie- und Handelsminister Wladimir Schkolnik und die Gebietsgouverneure an, die Preise für Waren und Dienstleistungen zu stabilisieren.
16.2.2009	Nach den Angaben des zwischenstaatlichen Komitees für Statistik der GUS belegte Kasachstan beim BIP-Wachstum im Jahr 2008 mit 3,2 % vor der Ukraine den vorletzten Platz in der Gemeinschaft.
17.2.2009	Wie der stellvertretende Aufsichtsratschef der »BTA Bank«, Roman Solodtschenko, mitteilt, ist bei dem Unternehmen eine Forderung nach vorfristiger Begleichung der Kreditschulden von einer asiatischen Bank eingegangen. Solodtschenko weist zudem auf den Abfluss von Bankeinlagen in Höhe von 700 Mio. US-Dollar im Februar hin.

17.2.2009	Der oppositionellen Partei »Asat« ist landesweit die Durchführung von Demonstrationen, die zur Absetzung der Regierung aufrufen, untersagt worden, erklärt die stellvertretende Parteivorsitzende, Marschan Aspandijarowa.
18.2.2009	Der Geheimdienst KNB weist Beschuldigungen über Verstrickungen in einen Spionagefall in Österreich um die Herausgabe von Informationen über Rachat Alijew zurück.
20.2.2009	Die Staatsanwaltschaft Almaty sieht in einem Aufruf der Partei »Asat« zu einer Großdemonstration in Almaty und zur Absetzung der Regierung ein Anzeichen des Extremismus.

## Kirgistan

23.1.2009	Präsident Kurmanbek Bakijew entlässt den 1. stellvertretenden Premierminister Iskenderbek Aidaralijew, den Minister für Land- und Wasserwirtschaft Arstanbek Nogojew, die Ministerin für Bildung und Wissenschaft Ischengul Boljurowa, hochrangige Mitglieder der Präsidentialadministration sowie mehrere Gouverneure und Botschafter.
26.1.2009	Omurbek Babanow wird neuer 1. stellvertretender Premier. Er tritt aus der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei aus.
26.1.2009	Kadyrbek Sarbajew wird zum neuen Außenminister, Iskenderbek Bakijew zum neuen Land- und Wasserwirtschaftsminister ernannt.
26.1.2009	Im Jahr 2008 haben nach Angaben des Staatskomitees für Arbeit- und Migration 38.000 Bürger Kirgistans die russische Staatsbürgerschaft erworben.
26.1.2009	Nach Angaben des Staatskomitees für Arbeit- und Migration haben kirgisische Arbeitsmigranten 2008 mehr als 870 Mio. US-Dollar und damit nahezu doppelt so viel wie im Vorjahr nach Hause überwiesen.
27.1.2009	Präsident Bakijew unterzeichnet die Liste der Mitglieder der neu eingerichteten zivilgesellschaftlichen Kammer und ordnet ihre erste Sitzung binnen Monatsfrist an.
27.1.2009	Beim 2. Nationalen Forum der NGOs, die sich im Kampf gegen Aids engagieren, wird bekanntgegeben, dass in Kirgistan am 1.1.2009 2.031 HIV-positive Personen registriert waren, 145 sind bereits an Aids erkrankt.
27.1.2009	Eine im Fernsehen übertragene Rede Präsident Bakijews an die Nation wird wegen mangelnden Bezugs zu den realen Problemen des Landes und fehlender konkreter Lösungsvorschläge vielfach kritisiert. Andere Zuhörer sehen in der Ansprache vor allem den Beginn des Wahlkampfs.
27.1.2009	Präsident Bakijew unterzeichnet ein im Dezember vom Parlament verabschiedetes Gesetz, nach dem jeder Staatsbürger verpflichtet ist, beim Hören der Nationalhymne seine rechte Hand aufs Herz zu legen.
27.1.2009	Bei einem Treffen des Sekretärs des Sicherheitsrates, Adachan Madumarow, mit Außenminister Sarbajew, Innenminister Moldomusa Kongantijew u. a. wird beschlossen, die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern stärker zu kontrollieren.
29.1.2009	Nach Angaben des Staatskomitees für Migration und Arbeit hatten 2008 51.200 kirgisische Staatsbürger Arbeitsplätze bei in Kirgistan ansässigen ausländischen Unternehmen und Joint ventures.
29.1.2009	Der Sicherheitsrat beschließt, schärfere Maßnahmen gegen religiösen Extremismus und religiöse Diskriminierung zu ergreifen.
31.1.2009	Industrie- und Energieminister Iljas Dawydow fordert die Bevölkerung auf, beim Heizen von Strom auf Kohle umzustellen. 60 % des im Lande produzierten Stroms werde zur Wärmeerzeugung verbraucht.
2.1.2009	Der Sonderbeauftragte für Kaukasus und Zentralasien des NATO-Generalsekretärs, Robert Simmons, betont in Bischkek, dass Terrorismus und religiöser Extremismus gemeinsame Bedrohungen seien. Die NATO habe in Kirgistan keinen Stützpunkt, nutze aber die US-Luftwaffenbasis und würde daher deren Schließung bedauern.
3.2.2009	Präsident Bakijew trifft während seines Moskaubesuches mit Präsident Dmitrij Medwedjew zusammen. U. a. werden vorteilhafte Verträge zur Abschreibung der kirgisischen Schulden und über den Bau des Kambarata-Wasserkraftwerkes unterschrieben.
3.2.2009	Auf einer Pressekonferenz teilt Präsident Bakijew mit, dass die kirgisische Regierung die Schließung der US-Luftwaffenbasis auf dem Manas-Flughafen beschlossen habe. Grund seien Differenzen bzgl. der finanziellen Kompensation.

3.2.2009	Dosaly Jesenalijew wird zum neuen Sprecher des Präsidenten ernannt.
3.2.2009	Ulugbek Ormonow wird zum neuen Führer der Regierungspartei »Ak-Schol« im Parlament bestimmt.
4.2.2009	Auf einer Pressekonferenz erklärt Außenminister Sarbajew, dass die Schließung der US-Luftwaffenbasis den nationalen Interessen Kirgistans entspräche und dabei den Kampf gegen den Terrorismus nicht gefährde, da dieser nicht nur von den USA, sondern auch von Russland getragen würde.
5.2.2009	Die neue amerikanische Außenministerin, Hillary Clinton, bezeichnet die Entscheidung über die Schließung des Luftwaffenstützpunktes als »bedauerlich.«
5.2.2009	Premierminister Igor Tschudinow bestreitet gegenüber Journalisten einen Zusammenhang zwischen dem Beschluss zur Schließung des Stützpunktes und der Zusage eines russischen Kredits in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar.
5.2.2009	Nach Angaben des Direktors der Freien Wirtschaftszone Bischkek, Asim Isabekow, wurden seit Jahresbeginn bereits 9 der dort ansässigen Firmen infolge der Bestimmungen des neuen Steuergesetzes geschlossen.
5.2.2009	Die staatliche Nachrichtenagentur meldet, dass der Wasserstand im Toktogul-Stausee ausreichend sei, um während der Vegetationsperiode aufreichend Strom zu produzieren und den Wasserlieferverpflichtungen an Usbekistan nachzukommen.
6.2.2009	Das Parlament ratifiziert die in Moskau unterzeichneten Verträge über die russischen Kredite und Schuldenabschreibungen und den Bau des Kambarata-Wasserkraftwerkes.
6.2.2009	In Bischkek kommen Experten und Regierungsvertreter aus Kirgistan und Kasachstan sowie der OSZE zu Gesprächen über grenzüberschreitende Wasserressourcen zusammen.
7.2.2009	Kirgistan hatte 2008 nach der Ukraine mit 24,5 % die zweithöchste Inflationsrate der GUS-Staaten zu verzeichnen.
9.2.2009	Eine Parlamentsabstimmung über die Schließung der US-Luftwaffenbasis wird verschoben, den Abgeordneten werden zusätzliche Unterlagen zur Verfügung gestellt.
9.2.2009	Vertreter der oppositionellen sozialistischen Partei »Ata-Meken« unter Führung von Omurbek Tekebajew und der kasachachstanischen Allnationalen Sozialdemokratischen Partei Scharmachan Tujakbais unterzeichnen bei einem Treffen ein Memorandum über Kooperation.
10.2.2009	Präsident Bakijew ratifiziert die Abkommen mit Russland über Umschuldung und den Bau des Kambarata-Wasserkraftwerkes.
10.2.2009	Die stellvertretende Premierministerin, Uktomchan Abdullajewa, bittet bei einem Gespräch mit dem Vertreter der UNHCR in Kirgistan, Hans Friedrich Schodder, um weitere Unterstützung der Organisation für das Refugee Shelter Center des Staatskomitees für Migration und Arbeit.
11.2.2009	Der Prozess gegen den Führer der Partei der Grünen, Erkin Bolkbajew, wegen Beleidigung des Präsidenten wird wiedereröffnet.
11.2.2009	Auf die Frage eines Journalisten äußert Präsident Bakijew die Vermutung, dass die Schließung der US-Luftwaffenbasis keine Belastung des Verhältnisses zu den USA oder Europa darstelle.
11.2.2009	Präsident Bakijew kündigt auf einer Pressekonferenz seine Kandidatur bei der nächsten Präsidentenwahl an, die abhängig vom Urteil des Obersten Gerichtes, entweder Ende 2009 oder 2010 stattfinden wird.
12.2.2009	Der nationale Sicherheitsrat verabschiedet den Rahmen eines nationalen Sicherheitsplanes.
12.2.2009	Das Parlament ratifiziert ein Abkommen mit der EU über die Finanzierung des Justizvollzugssystems.
12.2.2009	Das Parlament beschließt mehrere Verschärfungen in der Anti-Terror-Gesetzgebung.
12.2.2009	Ein Vertreter der deutschen Botschaft übergibt der Drogenkontrollagentur technische Ausrüstung im Wert von 100.000 US-Dollar.
13.2.2009	Trotz aller Schließungsbeschlüsse werden auf der US-Luftwaffenbasis Bauarbeiten durchgeführt und die Truppentransporte finden normal statt.
16.2.2009	Ein Vertreter der radikal oppositionellen »Volksrevolutionären Bewegung« erklärt, dass nicht nur der amerikanische, sondern auch der russische Luftwaffenstützpunkt geschlossen werden sollte.

16.2.2009	In einem Interview mit dem »Spiegel« sagt der russische Außenminister Sergej Lawrow, dass sein Land Kirgistan Kredite gewähre, weil es ein armer Verbündeter sei. Die Entscheidung zur Schließung der US-Luftwaffenbasis sei von der kirgisischen Regierung allein getroffen worden.
17.2.2009	Premierminister Tschudinow unterzeichnet einen Erlass über die schrittweise Einführung elektronischer Visa.
18.2.2009	In Reaktion auf einen Appell der Vereinten Nationen stellt die Schweiz Kirgistan 433.000 US-Dollar zur Verfügung.
20.2.2009	Das Parlament beschließt die Schließung der US-Luftwaffenbasis auf dem Manas-Flughafen.

## Tadschikistan

26.1.2009	Tadschikistan bringt in einer offiziellen Protestnote seine Bedenken gegen die Äußerungen des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew zum Rogun-Staudammprojekt während seines Taschkent-Besuches zum Ausdruck.
26.1.2009	Präsident Emomali Rachmon empfängt die ägyptische Ministerin für internationale Zusammenarbeit, Fayzah Muhammad Abual-Naja, zu Gesprächen im Rahmen der gemeinsamen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit.
26.1.2009	Nach Angaben aus Regierungskreisen sucht man Möglichkeiten, tadschikische Staatsbürger als Gastarbeiter in Länder wie Süd-Korea und die Staaten des Mittleren Ostens zu entsenden.
26.1.2009	Der stellvertretende Energie- und Industrieminister, Poulod Muchiddinow, äußert vor Reportern, dass die Pläne für den Bau des Rogun-Wasserkraftwerkes weiterverfolgt würden – auch wenn es manchen nicht gefalle.
26.1.2009	Nach den Worten des stellvertretenden Energie- und Industrieministers Muchiddinow wird für 2009 ein industrielles Wachstum von 7–8 % erwartet.
26.1.2009	Nach Angaben der staatlichen Fluggesellschaft Tajik Air verlor die Gesellschaft 2008 700.000 Somoni (ca. 147.500 Euro) durch den Transport von 636 aus Russland ausgewiesenen Tadschiken. Auf der gleichen Pressekonferenz wird mitgeteilt, dass Tajik Air in Kooperation mit Hahn-Air eine Flugverbindung Duschanbe-Frankfurt/M. plane.
27.1.2009	Die Nationalbank plant, ihre Dollarreserven zu reduzieren und stattdessen in anderen Währungen anzulegen.
28.1.2009	Der Chef des Staatskomitees für Investitionen und das Management von Staatsbetrieben teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass 2008 ca. 7 Mio. US-Dollar aus der Privatisierung von Staatsbetrieben in den Haushalt geflossen sind.
29.1.2009	Der bisherige Innenminister Mahmadnazar Solehow wird von Präsident Rachmon entlassen. Nachfolger wird Abdurahim Kahhorow.
29.1.2009	Russische Spezialisten beginnen mit grundlegenden Reparaturen am Nurek-Wasserkraftwerk.
29.1.2009	Der United Nations International Fund for Agricultural Development (IFAD) stellt 12 Mio. US-Dollar zur Unterstützung von Landwirten in den ärmsten Regionen des Landes zur Verfügung.
30.1.2009	Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Gulomschon Bobosoda, sagt gegenüber Journalisten, dass Tadschikistan bis 2015 den Export von Rohbaumwolle komplett einstellen und den von Aluminium erheblich reduzieren wolle.
30.1.2009	Präsident Rachmon empfängt den neu ernannten Weltbank-Vertreter für Zentralasien, Motoo Konischi, zu Gesprächen über verschiedene Aspekte der Zusammenarbeit.
30.1.2009	Grenzstreitigkeiten mit Afghanistan, die durch eine natürliche Verlagerung des Flussbettes des Pjandsch entstanden waren, sind beigelegt, meldet RFE/RL.
31.1.2009	Nach Angaben des Außenministeriums wird Präsident Rachmon nicht an den bevorstehenden Gipfeln des CSTO und EurasEC in Moskau teilnehmen.
2.2.2009	Die Japanische International Cooperation Agency (JICA) stellt 4,7 Mio. US-Dollar zur Versorgung des ärmsten Teiles der Bevölkerung mit Lebensmitteln zur Verfügung.

3.2.2009	Entgegen vorherigen Verlautbarungen fliegt Präsident Rachmon zu den CSTO- und EurasEC-Gipfeln nach Moskau.
3.2.2009	In Reaktion auf die Energiekrise im Land reduziert die Tadschikische Aluminium-Gesellschaft (Talco) ihren Energieverbrauch um 15 Mio. kWh täglich.
4.2.2009	Präsident Rahmon trifft am Rande der EurasEC- und CSTO-Gipfel in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Medwedjew zu Gesprächen über ökonomische und militärische Themen zusammen.
4.2.2009	Eine iranische Delegation unter Führung von Handelsminister Seyyed Masud Mir-Kasemi trifft in Duschanbe zu Gesprächen über die wirtschaftlichen Beziehungen ein.
4.2.2009	Der Kurs des Somoni gegenüber dem US-Dollar und anderen ausländischen Währungen sinkt stark.
5.2.2009	Nach Angaben des zwischenstaatlichen Komitees für Statistik der GUS steht Tadschikistan mit einem BIP-Wachstum von 2008 7,9 % an 3. Stelle der GUS-Staaten.
5.2.2009	Das gleiche Komitee teilt mit, dass die Bevölkerung Tadschikistans 2008 um ca. 200.000 Personen auf ca. 7,3 Mio. Menschen gewachsen ist.
6.2.2009	Präsident Rahmon erklärt gegenüber der amerikanischen Botschafterin die Bereitschaft seines Landes, den Transit nichtmilitärischer Güter nach Afghanistan zu gestatten.
6.2.2009	Nach Angaben der nationalen Elektrizitätsgesellschaft verschlechtert sich die Stromversorgung des Landes mit jedem Tag, manche Landesteile erhalten nur noch 1,5 Stunden täglich Strom. Es wird befürchtet, dass ab Mitte Februar der Wasserstand des Nurek-Stausees keine Stromproduktion mehr zulasse.
11.2.2009	Im Beisein von Präsident Rachmon wird in Brüssel die tadschikische Botschaft in Belgien eröffnet.
11.2.2009	Präsident Rachmon trifft in Brüssel mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, zusammen. Auf der anschließenden Pressekonferenz teilt Barroso mit, dass die EU Tadschikistan weitere 34 Mio. Euro zur Bekämpfung der Folgen der globalen Finanzkrise und Unterstützung der Landwirtschaft zur Verfügung stellt.
11.2.2009	Premierminister Okil Okilow bespricht mit dem Chef der Mission des IWF in Tadschikistan, Axel Schimelpfennig, die weitere wirtschaftliche und finanzielle Kooperation.
13.2.2009	Im neuesten Bericht der FAO über Ernteaussichten und Nahrungsversorgung taucht Tadschikistan unter den 32 Ländern auf, die von äußerer Hilfe abhängig sind.
13.2.2009	Im Gebiet Chatlon werden mehrere Windkraftgeneratoren installiert.
17.2.2009	Präsident Rachmon erörtert in einem Telefongespräch mit seinem afghanischen Amtskollegen Hamid Karsai den Zustand und die Entwicklungsperspektiven der Zusammenarbeit beider Länder.
17.2.2009	Die Nachrichtenagentur Avesta meldet, dass einige Tage zuvor in Duschanbe eine Repräsentanz der American Chamber of Commerce eröffnet wurde.
18.2.2009	Eine Sitzung der gemeinsamen tadschikisch-usbekischen Zwischenregierungskommission in Duschanbe endet mit der Unterzeichnung von Protokollen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Delimitierung der Staatsgrenze.
18.2.2009	Ein hochrangiger Vertreter der US Transportation Command hält sich zu einem mehrtägigen Besuch in Tadschikistan auf, um über den Transport nichtmilitärischer Güter nach Afghanistan zu verhandeln.
19.2.2009	In Moskau findet ein gemeinsames Antiterror-Seminar des tadschikischen und russischen Innenministeriums statt.

## Turkmenistan

23.1.2009	Das Außenministerium dementiert Berichte der russischen »Nesawisimaja Gaset« über konkrete Pläne zur Einrichtung von Ausbildungslagern und Basen ausländischer Truppen auf seinem Territorium.
23.1.2009	Bei einem Besuch des russischen Vize-Außenministers Andrej Denisow in Aschchabad erklärt Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow, dass die Beziehungen zu Russland zu den Prioritäten der Außenpolitik seines Landes zählen.

26.1.2009	Der türkische Vizeminister für Kultur und Tourismus gibt bei einem Besuch in Aschchabad bekannt, dass gemeinsame archäologische Ausgrabungen nach der letzten Ruhestätte des seldschukischen Sultans Alp Arslan in Merv (Mary) geplant sind.
26.1.2009	Mehrere turkmenische Zeitungen und Zeitschriften haben den Namen des ehemaligen Präsidenten Saparmurad Nijasow und seiner Verwandten aus ihrem Titel entfernt, berichtet RIA-Nowosti.
27.1.2009	Nach den Worten des Pressesekretärs des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, hält die russische Regierung Angaben über turkmenische Gasvorräte für nicht glaubwürdig.
30.1.2009	Präsident Berdymuchammedow plant die Einrichtung einer deutsch-turkmenischen Universität in Aschchabad, berichtet die offiziöse Website turkmenistan.ru.
4.2.2009	Eine Delegation der NATO unter Führung des Sonderbeauftragten für Kaukasus und Zentralasien des NATO-Generalsekretärs, Robert Simmons, trifft zu Gesprächen in Aschchabad ein.
6.2.2009	Präsident Berdymuchammedow nennt bei einem Treffen mit Simmons die wissenschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der NATO prioritär.
12.2.2009	Amnesty International weist in einem zum zweiten Jahrestag der Wahl Berdymuchammedows zum Präsidenten veröffentlichten Vortrag darauf hin, dass in Turkmenistan weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden.
13.2.2009	Die turkmenische Regierung stellt für die Durchführung der geplanten Rallye Kasan-Aschchabad 5 Mio. Euro zur Verfügung.
14.2.2009	Bei einem Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten und EU-Ratspräsidenten Mirek Topolánek in Aschchabad stellt dieser Turkmenistan ein »neues dynamisches Niveau von Zusammenarbeit« mit der EU in Aussicht.
14.2.2009	Präsident Berdymuchammedow trifft zu einem Staatsbesuch in Teheran ein. Es sind Gespräche mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad und dem geistigen Führer Ayatollah Khamenei geplant.
20.2.2009	Auch die zweite Phase des Audits der Erdgasvorräte Turkmenistans durch das britische Consultingunternehmen »Gaffney Cline & Associates« ergibt riesige Reserven von 6 Billionen m <sup>3</sup> in der Lagerstätte Juschny Iolotan-Osman, berichtet die Agentur Bloomberg.

## Usbekistan

23.1.2009	Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew trifft während seines ersten Staatsbesuches in Usbekistan zu Gesprächen mit Präsident Islam Karimow zusammen. Gegenstand der Gespräche ist ein neuer Lösungsansatz für Afghanistan, die Diversifizierung der gemeinsamen Investment-Zusammenarbeit und das tadschikische Staudammprojekt Rogun.
23.1.2009	Nach Gesprächen mit hochrangigen Vertretern von Gazprom teilt Präsident Karimow mit, dass sein Land den Bau einer neuen Gaspipeline durch Russland unterstütze und angeboten habe, 2009 16 Mrd. m <sup>3</sup> und mehr (bis 31 Mrd. m <sup>3</sup> ) Erdgas an Russland zu liefern
26.1.2009	Präsident Karimow unterzeichnet eine Resolution über zusätzliche Maßnahmen zur Ankurbelung der Produktion von Konsumgütern.
27.1.2009	Uzbekneftegaz teilt mit, dass 2008 15 neue Kohlenwasserstofffelder entdeckt wurden. Im gleichen Zeitraum konnte die Gesellschaft die Gasproduktion um 3,7 % steigern.
28.1.2009	Auf einem in Taschkent stattfindenden internationalen Wirtschaftsforum teilt das Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen mit, dass der Außenhandel der in der Stadt ansässigen Unternehmen 2008 um 15,5 % gestiegen sei.
28.1.2009	Im Internet taucht ein Video auf, in dem sechs Männer, die sich als Mitglieder der Islamischen Dschihad-Union ausgeben, u. a. Deutschland mit Anschlägen drohen.
30.1.2009	Der Zentralrat der Industrie- und Finanzkammer Usbekistans tritt in Taschkent zusammen. Es werden Fragen der Entwicklung des Unternehmertums und der Stärkung des Privatsektors des Landes diskutiert.
2.2.2009	Die russische Nachrichtenagentur Regnum meldet, dass die staatliche usbekische Elektrizitätsgesellschaft Uzbekenergo begonnen habe, Strom nach Kabul zu exportieren.



2.2.2009	Nach Angaben der Zentralbank wuchs das BIP 2008 um 9 %, die Inflationsrate betrug 7,8 %.
4.2.2009	Usbekistan schließt sich dem CSTO- Beschluss über die Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe nur mit Einschränkungen bzgl. der beteiligten Einheiten sowie ihrer Ausbildung und ihres Einsatzes an.
4.2.2009	Der Fall des im Oktober 2008 wegen Drogenbesitzes zu 10 Jahren Gefängnis verurteilten karakalpakischen Journalisten Salidschon Abdurachmanow liegt dem Obersten Gericht zur Revision vor.
7.2.2009	Uznews.net meldet, dass drei der insgesamt sechs in Guantanamo einsitzenden usbekischen Staatsbürger freigelassen werden könnten, wenn sich ein sicheres Aufnahmeland für sie fände.
7.2.2009	Nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur Regnum hat Usbekistan nach Russland und der Ukraine die dritthöchste Zahl von HIV-Infizierten in der GUS. Die Regierung verheimlichte diese Zahlen jedoch und ergreife keine sinnvollen Gegenmaßnahmen.
8.2.2009	Usbekische Menschenrechtler äußern sich empört über den stellvertretenden Bildungsminister Rustam Ahlidinow, der schriftlich erklärt hatte, dass es in Usbekistan während der Baumwollernte keine Kinderarbeit gebe.
9.2.2009	Die Ombudsfrau des Parlamentes, Sayyora Raschidowa, teilt mit, dass sie 2008 fast 10.000 Beschwerden erhalten habe.
10.2.2009	Die US-Botschaft in Taschkent dementiert Gerüchte, dass die USA Gespräche über eine amerikanische Militärbasis in Usbekistan führen.
12.2.2009	Premierminister Schawkat Mirsijajew unterzeichnet eine Resolution über kurzfristige Kooperationsvorhaben mit Griechenland.
12.2.2009	Mit sechs inhaftierten Journalisten nimmt Usbekistan im Jahresbericht des Committee to Protect Journalists 2008 den schlechtesten Platz unter den zentralasiatischen Staaten ein.
13.2.2009	Präsident Karimow und das Ministerkabinett kommen auf einer gemeinsamen Sitzung zu einer positiven Bewertung der sozioökonomischen Entwicklung des Jahres 2008.
17.2.2009	General David Petraeus hält sich zu Gesprächen mit Präsident Karimow u. a. über neue Zugangsmöglichkeiten nach Afghanistan für amerikanische Truppen in Taschkent auf.
17.2.2009	Der Som verliert wegen der abnehmenden Rücküberweisungen von Usbeken aus dem Ausland zunehmend an Wert. Z.Zt. liegt der Kurs zum US-Dollar bei offiziell 1.450 Som, auf dem Schwarzmarkt bei 1.720 Som.
17.2.2009	In Taschkent und Fergana beginnen von der OSZE organisierte Kurse über Theorie und internationale Standards der Menschenrechte.
18.2.2009	Nach Angaben des Präsidenten ist das Durchschnittseinkommen 2008 auf mehr als 300 US-Dollar gestiegen, Experten gehen jedoch von wesentlich geringeren Zahlen aus.

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2009 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)